

Musterbeispiel oder Normalfall

Ein Jahrzehnt nachkolonialer politischer Herrschaft in Namibia

HENNING MELBER

Es hatte hohen Symbolgehalt, daß der Millenniums-Gipfel unter dem gemeinsamen Vorsitz zweier Staatsoberhäupter stand, die Nord und Süd repräsentierten. Den Wandel in der mittlerweile 55-jährigen Geschichte der Vereinten Nationen bringt schon die Tatsache zum Ausdruck, daß ihre beiden Länder nicht zu den Gründungsmitgliedern der Weltorganisation zählten: Finnland wurde erst 1955 aufgenommen, Namibia erlangte 1990 die völkerrechtliche Souveränität¹. Die Aufnahme des Südafrika vom Völkerbund anvertrauten Mandatsgebiets und in der Folgezeit »veruntreuten Pfandes« Südwestafrika in die internationale Staatengemeinschaft erfolgte, nachdem die Vereinten Nationen über Jahrzehnte hinweg dem Thema einen wichtigen Platz auf ihrer Agenda eingeräumt hatten. Unter Federführung der UN vollzog sich auch der Unabhängigkeitsprozeß der einstigen deutschen Kolonie, der mit Hilfe einer großangelegten Friedensoperation – 1989/90 war die »Unterstützungseinheit der Vereinten Nationen für die Übergangszeit« (UNTAG) vor Ort – gestaltet wurde². Dies hat, nicht ohne kritische Anmerkungen zur Rolle einiger Mitglieder des Sicherheitsrats, der Präsident Namibias in einem Beitrag für diese Zeitschrift gewürdigt³. Sein Land hat mittlerweile einen respektierten Platz in der internationalen Arena eingenommen: 1998 wurde es für die Amtsperiode 1999/2000 in den Sicherheitsrat gewählt, der Außenminister präsidierte der 54. Ordentlichen Tagung der UN-Generalversammlung (sowie drei Sondergeneralversammlungen), und der Staatspräsident übte nicht nur die prestigeträchtige Funktion beim Gipfel der Staats- und Regierungschefs in New York Anfang September aus, sondern hat seit August auch den Vorsitz der 14 Mitgliedstaat-

ten umfassenden Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) inne.

Namibia ist somit ein in das internationale Geschehen umfassend einbezogenes Entwicklungsland⁴, das eine für einen Staat mit weniger als zwei Millionen Einwohnern beachtliche Aufmerksamkeit genießt. Was die äußeren Attribute der Staatlichkeit und die Integration in die Völkergemeinschaft angeht, läßt sich Namibia gewiß als Musterfall einer erfolgreichen Umsetzung geltender Normen des internationalen Rechts beschreiben. Aber haben sich auch die Erwartungen im Hinblick auf eine ähnlich vorbildliche demokratische und soziale Entwicklung im Innern erfüllt? Ein renommierter Völkerrechtler schrieb 1990 in dieser Zeitschrift zur gerade verabschiedeten Verfassung des Landes: »Alle Elemente, die den freiheitlich-demokratischen Staat westlicher Prägung kennzeichnen, finden sich auch in der namibischen Verfassung verankert.« Zur »Gewährleistung von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit« hätte man eigentlich nichts besser machen können. Gewisse Zweifel aber blieben, denn die »Errungenschaften von Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und Freiheitssicherung dürfen nicht den Blick dafür verstellen, daß von dem Verfassungssystem auch viele Leistungen aktiven Handelns erwartet werden.«⁵ Zehn Jahre danach wird man also fragen müssen, welcher Umgang heute mit den konstitutionellen Rechten gepflegt wird, aber auch danach, ob sich die Verhältnisse für die Mehrheit der Bevölkerung verbessert haben. Zu bewerten gilt es auch, daß das Land nicht nur in den Bürgerkrieg im benachbarten Angola verwickelt ist, sondern auch zum Kriegsteilnehmer beim Regionalkonflikt im Kongo wurde, mit dem es keine gemeinsame Grenze hat.

»Es scheint, als ob wir zurückgehen anstatt nach vorne. Wir nehmen all' die negativen Einstellungen und Verhaltensweisen von anderen afrikanischen Führern an und ziehen gleichzeitig eine Schau für die internationale Gemeinschaft ab. Ich bin froh..., daß die internationale Gemeinschaft sehen kann, was hier wirklich passiert. Für die Zukunft erhoffe ich mir eine ernsthafte und wahre Demokratie. Ich wünschte, Namibia würde danach streben, einzigartig zu sein und, um wirklich zu glänzen, die Dinge so zu tun, wie andere Länder nicht den Mut hatten es zu machen.«

»Die Unabhängigkeit brachte Meinungs- und Bewegungsfreiheit in mein Leben, die Freiheit, die wir in der Kolonialzeit nicht hatten. Ein Mehrparteiensystem ist das beste für Namibia. Jetzt können wir frei reden.«

»Manchmal denke ich, das Leben war vor der Unabhängigkeit besser, weil es nicht so viel Kriminalität, Hunger oder Armut gab und die Leute sich gegenseitig mehr unterstützten. Heutzutage wetteifert jeder mit jedem, und die Menschen werden inhuman. Namibia war ein friedliches, gelassenes Land. Die Leute waren mit sich selber im reinen. Das ist nicht mehr so. Geld ist alles, und hier gehst du unter oder schwimmst.«

»Ich denke, die Unabhängigkeit ist großartig. Jetzt gibt es keine Diskriminierung, und alle leben glücklich miteinander. Für die Zukunft hoffe ich, daß wir in unserem Land Frieden und Stabilität haben.«

Diese vier willkürlich ausgewählten (»schwarzen«) Stimmen von der Straße erschienen zusammen mit ähnlichen Meinungen anlässlich des zehnten Jahrestags der Unabhängigkeit Namibias, der am 21. März 2000 gefeiert wurde, in der Sonderbeilage einer lokalen Tageszeitung⁶. Sie spiegeln die unterschiedliche Wahrnehmung wider, die nach einem Jahrzehnt Republik Namibia unter den Menschen des Landes herrscht. Sie sind damit repräsentativ für das weite Meinungsspektrum und die im Rückblick auf die ersten Jahre völkerrechtlicher Souveränität so unterschiedlichen Sichtweisen. Daß dieses für die Regierenden nicht nur schmeichelhafte Fazit in dieser Form erscheinen kann und frei zugänglich ist (wobei die Befragten

keineswegs anonym bleiben), ist ebenfalls ein Merkmal der widersprüchlichen Situation im heutigen Namibia.

Angesichts dieser Meinungsvielfalt läßt sich die klassische Frage stellen, ob nach den zehn Jahren das Glas nun halb leer oder halb voll ist. Fest steht jedenfalls, daß nach dem mit vielen Vorschußlorbeeren bedachten Start in die Unabhängigkeit der Alltag längst eingekehrt ist. Eine Bestandsaufnahme muß sich an dieser Stelle auf eine Darstellung und Bewertung der politischen Entwicklung beschränken. Die noch immer auf dem Land lastende sozio-ökonomische Hypothek der ererbten Strukturen eines Jahrhunderts kolonialer Fremdherrschaft und die darauf gründende nachkoloniale Wirtschaftsentwicklung darf bei einer Gesamtbewertung aber nicht aus dem Blick geraten⁷.

Entwicklung zum faktischen Ein-Partei-Staat

Der wichtigste einzelne Aspekt der politischen Entwicklung der Republik Namibia im ersten Jahrzehnt besteht in der Konsolidierung der Macht und der Etablierung einer Monopolstellung (sowie umfassenden Kontrolle des Staatsapparats) durch die frühere Befreiungsbewegung und jetzige führende Partei, die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO). Gestützt auf den Zugang zu den materiellen Ressourcen unter der Verfügungsgewalt der staatlichen Verwaltung vermochte die SWAPO ihre dominante Position kontinuierlich zu festigen. Das war weniger eigenen Errungenschaften einer entwicklungsorientierten Regierungspolitik geschuldet als vielmehr dem Mangel an nennenswerten gesellschaftspolitischen Alternativen. Eine genauere Betrachtung legt nämlich die Vermutung nahe, daß der Durchbruch der SWAPO von 1994 – die Erringung der Zweidrit-

telmehrheit im Abgeordnetenhaus – vor allem einem signifikanten Rückgang der Wahlbeteiligung zu verdanken ist. Bisher haben drei landesweite allgemeine Wahlen stattgefunden: 1989 (unter UN-Aufsicht) zur Verfassungsgebenden Versammlung, 1994 und 1999 zum Parlament für dessen zweite beziehungsweise dritte Legislaturperiode.

Ergebnisse der Parlamentswahlen von 1989 bis 1999

Jahr	Wahlbeteiligung	gültige Stimmen	SWAPO	DTA	CoD
1989	98,05 vH	675 830	384 567/56,90 vH	191 532/28,34 vH	–
1994	76,05 vH	489 636	361 800/73,89 vH	101 748/20,78 vH	–
1998	61,53 vH	535 715	408 174/76,19 vH	50 824/ 9,49 vH	53 289/9,95 vH

DTA: Demokratische Turnhallen-Allianz

CoD: Demokraten-Kongreß

Trotz eigener Verluste an Wählerstimmen gelang es der SWAPO 1994, eine vorhandene solide absolute Mehrheit von knapp 57 vH in eine Zweidrittelmehrheit mit einem Anteil von fast drei Vierteln der Stimmen umzuwandeln; diesen Stimmenanteil konnte sie weitere fünf Jahre später noch ausbauen.

In der Rückschau läßt sich festhalten, daß die Erlangung der Zweidrittelmehrheit eine bedeutende Zäsur hinsichtlich der weiteren sozio-politischen und politisch-kulturellen Entwicklung des Landes darstellte. Hatten noch die Verhandlungen um die Verfassung in überraschend starkem Maße von der Kompromißbereitschaft insbesondere der SWAPO profitiert, so war Mitte der neunziger Jahre ein Wille zur konstruktiven Zusammenarbeit in den Reihen der politischen Führung der SWAPO immer weniger erkennbar. Gab es im Vorfeld der Wahlen von 1994 noch Äußerungen hochrangiger Parteivertreter (einschließlich des Premierministers), eine Zweidrittelmehrheit sei im Sinne einer demokratischen Entwicklung durchaus nicht wünschenswert, wandelte sich die Haltung im Laufe der zweiten Legislaturperiode dramatisch. Eine auf die vorhandene (überwältigende und demokratisch legitimierte) Dominanz gestützte Gelassenheit war Ende der neunziger Jahre in den Führungsetagen nicht mehr auszumachen. Stimmen, die mehr Pluralismus vorgezogen hätten, waren nicht mehr zu vernehmen.

Besonders markant läßt sich der Mangel an demokratischen Grundeinstellungen an den Reaktionen auf die Gründung des Demokraten-Kongresses (Congress of Democrats, CoD) ablesen, die eine an Verfolgungswahn grenzende Irrationalität erkennen lassen. So verstieg sich die SWAPO zu der Behauptung, die Rettung der Demokratie respektive der Erhalt der Opposition sei die jüngste Version von der Bürde Europas, die Eingeborenen zu zivilisieren⁸. Dabei stützt dieselbe Partei ihre eigene Machtposition – zu Recht – auf ihre Legitimierung in freien und allgemeinen Wahlen, also auf jene demokratischen Prinzipien, die sie gleichzeitig in der Auseinandersetzung mit mißliebigen politischen Gruppierungen zu diskreditieren trachtet. Die nervösen Reaktionen erklären sich nicht zuletzt daraus, daß der Initiator und weitere Gründungsmitglieder des CoD aus den Reihen der SWAPO hervorgegangen sind.

Während sich die SWAPO im Entkolonialisierungsprozeß mit der im ersten Jahrzehnt der Unabhängigkeit stärksten Oppositionspartei DTA (Demokratische Turnhallen-Allianz) zu arrangieren vermochte und in der Folge – auch angesichts der Unfähigkeit der DTA, sich des Makels als einstiger Handlanger Pretorias zu entledigen und eigenes Profil zu gewinnen – die Herausbildung einer politische Streitkultur ausblieb, setzt sich gegenüber der neuartigen parteipolitischen Herausforderung die Tendenz zu undemokratischen Umgangsformen in verstärktem Maße fort. Obwohl sich trotz der Wahlteilnahme des CoD in den Wahlen vom 30. November und 1. Dezember 1999 die Machtbasis der SWAPO weiter konsolidierte, bewirkte dies kei-

ne flexiblere Haltung gegenüber den als Abtrünnigen stigmatisierten CoD-Politikern. Ganz im Gegenteil setzten sich die Ausgrenzungsversuche massiv fort und nahmen nachgerade bizarre Formen an, die wenig Gutes für die Ende März 2000 begonnene fünfjährige Legislaturperiode verheißen.

Entgegen den Prognosen zahlreicher Beobachter vermochte der CoD keine Stärkung der Opposition insgesamt zu bewirken; im Ergebnis konnte er sich – bei Aufsplitterung der für die Opposition abgegebenen Stimmen – nur auf Kosten der DTA als stärkste Oppositionspartei mit knapp 10 Prozent etablieren. Inwieweit beim schlechten Abschneiden des CoD der aggressive Wahlkampf der SWAPO (in Einzelfällen bis hin zu handgreiflichen Einschüchterungen und massiver Störung von CoD-Veranstaltungen) dabei eine ausschlaggebende Rolle spielte, entzieht sich letztlich einer genauen Einschätzung. Fest steht aber, daß die Atmosphäre der Wahl eher von einem Klima der Angst geprägt war als noch vor fünf Jahren; auch fiel den Beobachtern die Beurteilung, ob es sich um ›freie und faire‹ Wahlen gehandelt habe, schwerer⁹.

Dennoch hat der politische Diskurs im nachkolonialen Namibia eine neue Dimension erhalten, was die gereizte Reaktion der SWAPO teilweise erklärt. Die bislang bestehende, historisch abgeleitete Dichotomie von ›Befreiern vom Kolonialjoch‹ (SWAPO) und ›Erfüllungsgehilfen der Apartheid‹ (DTA) wird nämlich abgelöst von einer politischen Auseinandersetzung um Sachfragen. Allerdings wird die Existenz einer neuen – aus den inneren Widersprüchen der SWAPO geborenen – Partei als Provokation verstanden, der es entschieden Einhalt zu bieten gilt. So scheute die SWAPO nicht davor zurück, dem CoD die bis dahin von der DTA eingenommene Rolle der ›offiziellen Opposition‹ vorzuenthalten. Durch eine Reihe von Taschenspielertricks, an denen sich die DTA letztlich zur Erlangung eigener Vorteile beteiligte, wurde dieser der britischen parlamentarischen Tradition zu verdankende Status abgeschafft, um dem CoD einen Prestigegegewinn zu verwehren.

Demokratischer Anspruch und gesellschaftliche Wirklichkeit

Gestützt auf die Ende 1994 erstmals errungene Zweidrittelmehrheit, begann die SWAPO in der Folgezeit die Grenzen zwischen Partei, Regierung und Staat immer mehr zu verwischen. Der wesentliche Unterschied zwischen politisch-formaler und moralisch-ethisch begründeter Legitimität geriet dabei völlig aus dem Blickfeld. So wurde im Rahmen einer Kabinettsumbildung der Generalsekretär der Partei (der bis dahin das Fischereiressort versah) als Minister ohne Geschäftsbereich dazu ermächtigt, auf Kosten der Steuerzahler die Parteigeschäfte zu führen. Der Vorsitzende des SWAPO-Ältestenrats avancierte als Berater des Präsidenten zum Kabinettsmitglied im Ministerrang, ein ausgemusterter Minister wurde zum Wirtschaftsberater des Präsidenten im Ministerrang. Wenngleich diese Maßnahmen bei der Neubildung des Kabinetts im März 2000 wieder rückgängig gemacht wurden, ließen sie doch die dominante Haltung der Parteipolitiker gegenüber dem Gemeinwohl erkennen, das sie als gewählte Volksvertreter mit dem Wohl der Partei gleichsetzten.

Ebenso führte die Zweidrittelmehrheit dazu, daß Parteibeschlüsse sozusagen im parlamentarischen Hauruck-Verfahren Gesetzeskraft erlangten. Daß dabei der Mangel an innerparteilicher Demokratie fragwürdige Entscheidungsfindungsprozesse begünstigte und die Machtausübung des Partei- und Staatspräsidenten zunehmend Formen autokratischer Herrschaft annahm, verdeutlichen mehrere markante Ereignisse während der zweiten Legislaturperiode des Parlaments, die von 1995 bis 2000 dauerte.

So beschloß die Partei in einem umstrittenen internen Beratungs- und Abstimmungsprozeß, daß zugunsten einer dritten Amtszeit des Präsidenten die Verfassung Namibias erstmals geändert werden sol-

le. Während das parteiinterne Entscheidungsverfahren recht undurchsichtig war, vollzog sich auf der parlamentarischen Ebene die formale Umsetzung des Beschlusses auf der Grundlage der SWAPO-Mehrheit in Windeseile. Ende 1998 wurde mit der Änderung des Artikels 134 die verfassungsmäßige Sonderklausel geschaffen, daß der erste Präsident Namibias drei Amtszeiten ausüben darf (was er nunmehr auch tut¹⁰). Die namibische Demokratie erweist sich als personengebunden, wie eine Reihe weiterer aktueller Beispiele verdeutlicht; die Person des Präsidenten ist offenkundig die alleinige Entscheidungsinstanz gerade bei Fragen von nationalem Belang. Namibias Intervention in den kriegerischen Konflikt innerhalb der Demokratischen Republik Kongo im August 1998 war die persönliche Entscheidung des Staatsoberhauptes, der keinerlei Konsultationen im Kabinett vorausgingen, geschweige denn eine parlamentarische Beschlußfassung oder auch nur Beratung. Zwar halten selbst kritische Juristen ein solches Verfahren für durchaus verfassungskonform; dem Präsidenten stehe – auch in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der Streitkräfte – die Befugnis zu, zum Schutze der nationalen Interessen selbst derart weitreichende Maßnahmen zu beschließen. Trotzdem bleibt die Frage, ob die formale Legitimation ausreicht, um im Alleingang über Angelegenheiten von solcher Bedeutung ohne vorherige Beratung mit den Vertretern der demokratisch gewählten Instanzen zu befinden. Die moralisch-ethische Dimension von Legitimität bleibt davon jedenfalls unberührt.

Die Verwicklung Namibias in den Kongo-Konflikt produziert seit her eine ganze Reihe von Widersprüchen und Spannungen auf dem außenpolitischen Terrain. Auf Grund der namibischen nichtständigen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wurde die gemeinsam mit Rußland und China erfolgte Verurteilung der NATO-Bombenangriffe auf Jugoslawien im vergangenen Jahr weltweit zur Kenntnis genommen¹¹. Dieses Bekenntnis zum Nichteinmischungsgebot stand indes in deutlichem Gegensatz zum eigenen Eingreifen im Kongo, das weder auf einer gemeinsamen Auffassung der regionalen Staatengemeinschaft SADC noch auf einem Mandat der UN beruht.

Ungeachtet dieses Widerspruchs wurde die Haltung in der Jugoslawien-Frage von der SWAPO später ausdrücklich in ihrem Grundsatzdokument für den Wahlkampf gerechtfertigt. Auch künftig werde sich die Partei nicht um die Artikulierung ihrer Grundsatztreue drücken, selbst wenn dies die Großmächte verärgere; die eigene Geschichte und Erfahrung lasse die SWAPO fest auf der Seite der Gerechtigkeit stehen¹². Man mag dies als ehrenwerte ideologische Standfestigkeit – die an dieser Stelle auch verklärende Reminiszenzen an ein den eigenen Befreiungskampf unterstützendes Jugoslawien vergangener Zeiten enthält – werten; das Spannungsverhältnis zum eigenen Handeln tritt um so deutlicher zutage.

Die Rolle Namibias im Kongo bescherte der Regierung auch ungewöhnlich offene Kritik seitens der diplomatischen Vertreter eines Staates mit engen historischen Bindungen zu Namibia: Finnland äußerte als erstes Land anläßlich der Regierungsverhandlungen über die weitere Entwicklungszusammenarbeit Ende März 1999 in Windhoek öffentlich Bedenken hinsichtlich des militärischen Engagements im Kongo und verwies auf das Legitimationsproblem, das sich daraus für die weitere materielle Unterstützung des Landes gegenüber den finnischen Steuerzahlern ergebe. Dies zeigte zwar keine unmittelbaren finanziellen Folgen, da die finnische Regierung für den Zeitraum 1999 bis 2001 neue Zuwendungen bewilligte. Es war aber mehr als ein symbolisches Warnsignal, daß der Bonus als Liebling der Staatengemeinschaft aufgebraucht ist. Während in der Folgezeit auch der Vertreter Großbritanniens kritische Töne anschlug, kündigte Finnland an, daß es seine Entwicklungshilfe für Namibia bis 2007 auslaufen lassen werde. Mitte 2000 wurde schließlich bekannt, daß der im Urlaub befindliche finnische Botschafter auf Ersuchen der namibischen Regierung nicht mehr nach Namibia zurückkehrt. Wenn-

Willkommen: Geschenke

Wenig vertrauenerweckend ist der Umgang mit Streitfragen, die Zweifel an der Integrität hochrangiger politischer Amtsinhaber schürten. So feierte der Minister für Fischerei 1999 seine zur »Hochzeit des Jahrtausends« stilisierte Eheschließung. Der festliche Pomp wurde teilweise durch eine »private« Spendenkampagne unter den Fischereibetrieben finanziert, für deren vertrauliche Durchführung die Frau des Außenministers verantwortlich zeichnete. Das Fischereiministerium ist für die Beschlußvorlage im Kabinett zuständig, die über die Zuteilung von Fischfangquoten entscheidet. So war eine gewisse Resonanz der Spendenaktion wenig verwunderlich; kaum erstaunlich ist aber auch, daß Teile der Öffentlichkeit mit Benurteilung reagierten, als diese Hochzeitsgeschenke trotz ihres vertraulichen Charakters (den Spendern war ausdrücklich Diskretion zugesichert worden) publik wurden. Der in den Verdacht eines Interessenkonflikts geratene Fischereiminister trat den Vorwürfen mit klassischer Vorwärtsverteidigung entgegen, bezichtigte bar jeglichen Unrechtsbewußtseins die Kritiker in einer Pressekonferenz des Neides und beschuldigte sie des unterschweligen Rassismus.

Während die Opposition eine Untersuchung durch das Büro des Ombudsmann forderte, trat wenige Tage später der Präsident an die Öffentlichkeit, um seinen Minister ausdrücklich von allen Vorwürfen freizusprechen und ihm integeres Verhalten zu bescheinigen. Nicht nur, daß er damit den Ergebnissen der laufenden Untersuchungen vorgriff; er hat auch das Büro des Ombudsmann – immerhin eine verfassungsmäßig verankerte Kontrollinstitution mit staatlichem Handlungsauftrag – praktisch zur Bedeutungslosigkeit degradiert.

Als die Untersuchungskommission dem Präsidenten ihren Bericht vorlegte, kam sie darin zu dem Ergebnis, daß es sich im vorliegenden Falle tatsächlich um einen Interessenkonflikt gehandelt habe. Der vor Ablauf des Jahres 1999 dem Präsidenten ausgehändigte Bericht ist bisher vom Präsidialamt unkommentiert geblieben, und der Fischereiminister wurde auch ins neue Kabinett berufen (er gilt als einer der aussichtsreichsten Anwärter für die Nachfolge des Präsidenten).

gleich Helsinki offiziell erklärte, daß dies den guten Beziehungen beider Staaten keinerlei Abbruch tue, muß ein solcher Schritt Namibias angesichts der ohnehin schwindenden Unterstützung durch die nordischen Länder – der bisher engsten Partner unter den westlichen Staaten – verwundern. Norwegen hatte schon 1998 sowohl mit der Schließung seiner Botschaft wie auch mit der Planung zur mittelfristigen Einstellung der Entwicklungszusammenarbeit begonnen. Auch die Botschaft Schwedens dürfte im nächsten Jahr in ein Nachbarland verlagert werden.

Ähnlich negativ wie das Abenteuer im Kongo könnte sich auch die ebenso einseitig vollzogene Verwicklung in den Krieg im benachbarten Angola auswirken, an dem seit Dezember 1999 Namibia auf seiten der angolanischen Regierung zumindest indirekt beteiligt ist. Die Auswirkungen dieses Engagements haben dazu geführt, daß seit Beginn dieses Jahres die Bevölkerung der Kavango-Region im Norden unter kriegsähnlichen Bedingungen lebt. Über Ausmaß und Art der Beteiligung an dem Konflikt liegen nur unvollständige Informationen vor. Eine Rechenschaftspflicht der Regierung beziehungsweise des Präsidenten gegenüber den parlamentarischen Kontrollinstanzen oder der Öffentlichkeit scheint aus Sicht der SWAPO nicht gegeben zu sein. Kritische Fragen werden statt dessen als unpatriotisch oder gar staatsfeindlich und als den nationalen Interessen abträglich qualifiziert.

Nur spärliche und unvollständige Informationen waren anfangs auch bei der erstmaligen Verhängung des Ausnahmezustandes durch den Präsidenten im August 1999 vorhanden, als einzelne den absurden – aber reale Unzufriedenheit mit der parteipolitisch motivierten Haltung der Regierung in Sachen regionale Entwicklung zum Ausdruck bringenden – Sezessionsbestrebungen eines Teils der Bevölkerung der Caprivi-Region mit gewaltsamen Mitteln Ausdruck verleihen wollten. Während der Versuch eines bewaffneten Aufstands von den Sicherheitsbehörden im Keim erstickt wurde, war das Vorgehen der Armee und einer Spezialeinheit der Polizei gegen Teile der Bevölkerung derart rabiat, daß es in einem Bericht von Amnesty Internatio-

Nicht willkommen: Homosexuelle und Ausländer

Als ein Indiz für das zweifelhafte Verständnis der verfassungsrechtlichen Grundprinzipien unter den politisch Verantwortlichen kann das Beispiel jenes Gewerkschaftsführers gelten, der anlässlich des Maifeiertages 1998 in seiner Rede die Rechtsgültigkeit der Verfassung Namibias anzweifelte. Sie stelle einen nicht hinnehmbaren Schutz der aus der Kolonialzeit ererbten Strukturen in Form der bestehenden Eigentumsverhältnisse dar. Er behauptete, die Gründer der Republik hätten keinerlei Legitimation besessen, irgend etwas in der Verfassung festzuschreiben, ohne das Volk vorher konsultiert zu haben. Damit hätten sie ihr Mandat überschritten; die Erarbeitung und Verabschiedung der Verfassung sei ein illegaler Akt gewesen. Er forderte die Aufhebung des Grundrecht Kapitels der Verfassung (dieses dient der Garantie der Menschenrechte, unter anderem schützt es vor entschädigungsloser Enteignung). In einer weiteren Rede anlässlich eines Gewerkschaftskongresses forderte er die Aufhebung eines verfassungsrechtlichen Schutzes für Minderheiten, um mit drastischen Mitteln gegen die Homosexualität vorgehen zu können. Für die laufende Legislaturperiode wurde er für die SWAPO ins Parlament gewählt. Angesichts der schwelenden Konflikte in der Landfrage und einer wachsenden Intoleranz gegenüber Minoritäten tragen Stimmen wie diese nicht zur Vertrauensbildung gegenüber den Großlandwirten oder anderen »Randgruppen« bei.

Gleiches gilt für eine Reihe weiterer aktueller Symptome politischer (Un-)Kultur. Darunter sind die Eskapaden des Innenministers, die alles andere als der Wiederherstellung des durch die Vorgänge im benachbarten Simbabwe erschütterten Vertrauens in die Rechtsgrundlagen des politischen und wirtschaftlichen Systems dienlich sind. Verärgert über die Entscheidung eines aus Sambia stammenden Oberrichters erklärte er in einer Rede Ende Juli öffentlich, daß ihn eine sein Ministerium betreffende Verfügung des Obergerichts nicht kümmere. Statt dessen würden solch reaktionäre Richter, so der erzürnte Minister weiter, zum Kofferpacken gezwungen. Er werde ihre Arbeiterlaubnis überdenken. Oberrichter, so seine Begründung, stünden nicht über dem Gesetz. Er werde seine Polizei instruieren, sich von insbesondere solchen ausländischen Richtern nicht mehr benutzen zu lassen.

Besorgnisregender noch als das zweifelhafte Rechtsempfinden ausgerechnet des Innenministers war die Tatsache, daß sich trotz hartnäckiger Nachfragen in Regierungskreisen niemand bereit fand, eine Korrektur dieser Erklärung vorzunehmen. Statt dessen ließ der amtierende Außenminister verlauten, daß der Innenminister nur von seinem Recht auf Meinungsfreiheit Gebrauch gemacht und die Frustrationen zum Ausdruck gebracht habe, die eine Mehrheit der Bevölkerung über Entscheidungen der Justiz empfinde.

Drei Wochen später beschwor der Innenminister in einer weiteren öffentlichen Auslassung die Unterwanderung Namibias durch (notabene zuvörderst afrikanische) Ausländer, die sich durch Heirat mit einheimischen Frauen das Aufenthaltsrecht erschlichen. Da diese »Tag und Nacht arbeiten, um Frieden und Stabilität im Lande zu untergraben«, habe dies Auswirkungen auf die Sicherheit. Falls die namibischen Frauen ihre Einstellung nicht änderten, könne Namibia in 20 Jahren eine Bevölkerung von sechs Millionen Menschen haben, von denen vier Millionen als Ausländer durch Heirat ihre Staatsbürgerschaft erworben hätten. Statt diesen Rechenkunststücken mit der gebotenen Ironie zu begegnen, fühlte sich die Jugendliga der SWAPO dazu berufen, den prominenten Amtsträger aktiv zu unterstützen. Sie forderte dazu auf, alle Aufenthaltsgenehmigungen von gegen die Regierung agierenden ausländischen Richtern, Ausländern in strategischen Positionen, in die Politik verwickelten Ausländern sowie Ausländern, die gegen die kulturellen Normen verstoßende Gepflogenheiten wie zum Beispiel Homosexualität praktizieren, zu überprüfen. Ausländische Richter wurden abverlangt, den Interessen der namibischen Regierung zu dienen. Tags zuvor hatte in einer Pressekonferenz der Sekretär der SWAPO-Jugendliga damit gedroht, daß bei einer Freilassung der des (im Prozeß um die Sezessionsbestrebungen im Caprivi-Zipfel) Verrats Angeklagten auf Kautions diese umgebracht würden.

nal als Menschenrechtsverletzung angeprangert wurde. Auch wurden die als Sezessionisten verdächtigten, verhafteten und unter Anklage gestellten Personen im Sicherheitsgewahrsam einer Behandlung ausgesetzt, die rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht genügt. Vertrauen in die staatliche Autorität konnte damit nicht erweckt werden. Schon die ersten staatlichen Reaktionen auf die sezessionistische Agitation hatten Ende 1998 – lange vor Ausbruch der Rebellion – dazu geführt, daß erstmals in der Geschichte des unabhängigen Namibia weit über 1000 Menschen in das benachbarte Botswana flo-

hen und viele von ihnen anderswo als politische Flüchtlinge Asyl fanden.

Das Separatisten-Problem trug zu erhöhter Nervosität bei und führte sogar zu einer öffentlich vorgebrachten Morddrohung seitens des Sekretärs der SWAPO-Jugendliga. Sie fand ebensowenig eine korrigierende Stellungnahme aus Regierungskreisen wie die xenophoben Ressentiments, die vom Innenminister zum Ausdruck gebracht worden waren. Vielmehr gehörte das namibische Staatsoberhaupt während des SADC-Gipfeltreffens im August in Windhoek zu den aktiven Verfechtern einer kontroversen Solidaritätserklärung der Mitgliedstaaten mit Simbawes umstrittenem Staatsoberhaupt¹³. Als anlässlich der abschließenden Pressekonferenz ein (»weißer«) südafrikanischer Journalist das SADC-Testat, es habe sich in Simbabwe um freie und faire Wahlen gehandelt, hinterfragte, ließ er sich unter Anspielung auf dessen Herkunft und Hautfarbe zu der Bemerkung verleiten, es sei müßig, den Fragesteller davon zu überzeugen. Schließlich sei er unter dem Apartheidregime aufgewachsen und verstehe die Demokratie nicht.

Dies freilich mag eine tiefgründigere Reflexion gewesen sein, als es dem Präsidenten selbst im Augenblick seiner spontanen Äußerung bewußt war. Immerhin wurde auch er unter der Apartheid sozialisiert. Der relevante Sinngehalt seiner Bemerkung könnte tatsächlich darin liegen, daß ein auf institutionalisierter Diskriminierung aufgebautes System wie das der Apartheid sowohl für die Täter wie auch für die Opfer kein sonderlich gutes Übungsfeld für die Internalisierung demokratischer Tugenden darstellt.

Von »kontrolliertem Wandel« zum »Wandel in der Kontrolle«

Angesichts solcher Beispiele sind auch für Beobachter von außen »die Anzeichen einer systematischen Patronagepolitik, die die Staatsführung und ihre Klientel in ostentativer Weise privilegiert« unverkennbar. Letztlich ist der Diagnose zuzustimmen, daß es sich in der nachkolonialen Phase der neunziger Jahre um eine Entwicklung hin zu »zunehmender Machtkonzentration und ungeschminkter Bereicherung für einige wenige« gehandelt habe¹⁴, so ernüchternd dies als Fazit für alle die klingen mag, die Namibias Start in die Unabhängigkeit mit großen Hoffnungen und Erwartungen begleitet hatten.

So mehren sich die besorgten Stimmen jener, die – trotz vorbehaltloser Unterstützung des maßgeblich von der SWAPO vorangetriebenen Entkolonialisierungsprozesses – mit zunehmender Skepsis die Demokratiefähigkeit dieser »Befreiungsbewegung an der Macht« beurteilen. Ein Analytiker gelangt hinsichtlich der SWAPO im regionalen Vergleich zu dem am stärksten ernüchternden Ergebnis; für ihn schneidet Namibia unter den Fallbeispielen von Befreiungsbewegungen, die im Südlichen Afrika die politische Macht errangen, am schlechtesten ab. Er diagnostiziert von der frühen Exilzeit an einen »Präsidentalismus« und eine Haltung der SWAPO-Führung, die keinerlei Fragen duldet und alle ausgrenzt, die ernsthaft über die von oben vorgegebene Marschrichtung diskutieren wollten. Die von der SWAPO schon im Exil unternommenen Versuche, Widersprüche durch die Anwendung schierer Gewalt zu lösen, verringerten weder die Schwächen der Bewegung noch verbesserten sie die Qualität ihrer Führung, sondern trugen im Gegenteil zu einer weiteren Degeneration in eine autoritäre Richtung bei. Dies begrenzte auch die Erfahrungen innerhalb der SWAPO und erleichterte es ihr nicht, einen Ansatz für eine Politik unter demokratischen Vorzeichen in der nachkolonialen Ära zu finden¹⁵. Auch eine andere Untersuchung dokumentiert und diagnostiziert ausführlich den Mangel an demokratischer Überzeugung innerhalb einer Befreiungsbewegung, die – ganz im Sinne der bereits in den Anfangszeiten des antikolonialen Widerstands mit beeindruckender Klarheit und Weitsicht for-

mulierten Einsicht Frantz Fanons – letztlich in erster Linie die Erlangung und Ausübung von Macht erstrebte¹⁶.

Ganz überraschend kann eine solche Schlußfolgerung allerdings nicht sein: Spätestens seit den Studien der Frankfurter Schule der Soziologie über den autoritären Charakter und der Kritischen Theorie sollten die Grundzüge dieses speziellen Dilemmas eigentlich auch über den konkreten Einzelfall hinaus als Strukturproblem nachvollziehbar sein. Der Widerstand gegen totalitäre Regime wie das der Apartheid kann nur mit der Aussicht auf Erfolg geführt werden – insbesondere dann, wenn er den bewaffneten Kampf einschließt –, wenn in den Unterdrückten auch die Bereitschaft zur Unterdrückung schlummert.

So besehen ist das Wortspiel, daß es sich auch im Falle der Entkolonialisierung Namibias um einen Übergangsprozeß von kontrolliertem Wandel zum Wandel in der Kontrolle handelt, mehr als nur semantische Spitzfindigkeit. Daß es sich dabei gleichermaßen um einen gesellschaftlichen Transformationsprozeß handeln soll, der Namibia vom Musterbeispiel auf den Boden der Realität eines Normalfalles holt, ist hingegen schwer zu akzeptieren. Denn eine solche Schlußfolgerung impliziert letztlich, daß es sich bei der zu beobachtenden Erosion demokratischer Verhältnisse um nichts weiter handelt als die profane Anpassung an eine afrikanische Alltagswirklichkeit. Dies hinzunehmen wäre gleichbedeutend mit der Leugnung der Tatsache, daß es unter den Menschen Afrikas wie anderswo auch einen ausgeprägten Willen zur Verwirklichung demokratischer und humaner gesellschaftlicher Verhältnisse gibt.

Insofern erweist sich die vermeintliche Entwicklung Namibias zum ›Normalfall‹ genaugenommen als ein Abstieg in die Niederungen einer politischen Herrschaft, die dem immer wieder vorgetragenen demokratischen Anspruch und dem Wohl des Gemeinwesens nicht mehr gerecht wird. Es ist das ›Musterbeispiel‹, das eigentlich den ›Normalfall‹ darstellen sollte.

¹ Beide Länder verbindet darüber hinaus eine langjährige Beziehung, die der internationalen Öffentlichkeit jenseits der Rolle des UN-Sonderbeauftragten und späteren finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari wenig bekannt ist: Finnland hatte wie die anderen nordischen Länder die SWAPO während des Befreiungskampfes massiv unterstützt (siehe dazu Iina Soiri / Pekka Peltola, Finland and National Liberation in Southern Africa, Uppsala 1999) und gehört seit einigen Jahren zu den wichtigsten bilateralen ›Gebern‹ Namibias. Der jetzige Präsident des Landes besuchte von 1937 bis 1945 die Schule der Finnischen Mission in Okahao; die finnischen Lutheraner entfalteten im nördlichen Namibia (Ovamboland) bereits Ende des 19. Jahrhunderts eine systematische Missionstätigkeit und hatten nachhaltigen Einfluß auf die dortige Bevölkerung. So hinterließen finnische Sprachelemente bis heute erkennbare Spuren in der Namensgebung der Ovambo, und Studienaufenthalte in Finnland gehören zum Erfahrungsschatz zahlreicher ehemaliger politischer Flüchtlinge.

- 2 Dazu Henning Melber, Ein Modell mit Schönheitsfehlern. Die Umsetzung des Lösungsplans für Namibia durch die Vereinten Nationen, VN 3/1990 S. 89ff.
- 3 Sam Nujoma, Wirklich ein Erfolg? Namibia und die Vereinten Nationen, VN 5-6/1995 S. 183ff.
- 4 Hierzu schon vor mehreren Jahren Henning Melber, Hilfe, Entwicklung, Zwiespältigkeiten der internationalen Entwicklungszusammenarbeit am Beispiel eines ›Empfängerlandes‹, VN 5/1994 S. 172ff.
- 5 Christian Tomuschat, Die Verfassung Namibias, VN 3/1990 S. 95ff. (95, 100).
- 6 10 Years – The People Have Their Say, in: Namibia At Ten! Supplement to The Namibian v. 16.3.2000. – Übersetzung hier und in der Folge vom Verfasser.
- 7 Die sozio-ökonomischen Aspekte werden mitbehandelt bei Henning Melber (ed.), Namibia. A Decade of Independence, 1990-2000, Windhoek 2000, und Axel J. Halbach, Namibia. Wirtschaft, Politik, Gesellschaft nach zehn Jahren Unabhängigkeit, Windhoek – München 2000. Eine Bilanz der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung fiel im übrigen ähnlich ambivalent aus wie die Bewertung der politischen Entwicklung.
- 8 SWAPO (SWAPO Party Department of Information and Publicity), SWAPO – The Driving Force for Change, Windhoek 1999, S. 24: »...saving democracy, or more appropriately saving the opposition, is the latest version of Europe's burden to civilise the natives«.
- 9 So unterzogen sich die Wahlbeobachter der EU einer intensiven internen Debatte, bevor sie sich schließlich dazu entschlossen, Verlauf und Ergebnis der Wahlen als ›frei und fair‹ zu qualifizieren – ergänzt um mehrere Relativierungen, mit denen zwar das Ergebnis nicht grundsätzlich angezweifelt wurde, aber zahlreiche dubiose Praktiken der Einflußnahme und Versuche der Manipulation in kleinerem Maßstab kritisiert wurden.
- 10 Ein kompetenter ausländischer Beobachter kommentiert den Vorgang treffend so: »Für den führungsstarken Präsidenten war es relativ leicht, trotz lautstarker Einwände der Opposition und einiger Intellektueller, eine Verfassungsänderung durchzusetzen. Der SWAPO-Apparat, schon seit den Zeiten des Exils völlig hierarchisch auf die Person Nujomas ausgerichtet, folgte willig und sicherte sich mit dieser Fortschreibung existierender Strukturen den ungeschmählerten Beibehalt der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Pfründe.« Heribert Weiland, Namibias Demokratie auf dem Prüfstand: Ist das Experiment gescheitert?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. B27/99 v. 2.7.1999, S. 21-29 (23).
- 11 Namibia stimmte mit China und Rußland für den Entschleunigungsantrag S/1999/328 v. 26.3.1999, mit dem »die Anwendung von Gewalt gegen die Bundesrepublik Jugoslawien durch die NATO« verurteilt werden sollte; er verfiel der Ablehnung, weil alle anderen Mitglieder des Sicherheitsrats dagegen waren.
- 12 »We will not shy away from stating our principled position on issues, such as, the bombing of small countries like Yugoslavia back to the stone-age by the powerful North Atlantic Treaty Organisation (NATO). We will state this position even if, in so doing, we annoy the world's great powers. Our own history and experience enjoin us to stand firm on the side of justice and to express solidarity with those who find themselves in difficult plight.« SWAPO (Anm. 8), S. 25.
- 13 Die seriöse Johannesburgener Wochenzeitung ›Mail & Guardian‹ empörte sich über diesen Schulterschuß derart, daß sie ihr Editorial in der Ausgabe v. 11.-17.8.2000 drastisch mit »Old farts' club damages us all« überschrieb und auch im Kommentar selber wenig zimperlich mit den Akteuren umsprang.
- 14 Weiland (Anm. 10), S. 21.
- 15 John Saul, Liberation Without Democracy? Rethinking the Experiences of the Southern African Liberation Movements, in: Jonathan Hyslop (ed.), African democracy in the era of globalisation, Johannesburg 1999, S. 167-178 (168, 169, 172). Siehe auch Colin Leys / John Saul, Namibia's Liberation Struggle: The Two-Edged Sword, London 1994. Diese Studie dokumentiert detailliert die Ambivalenzen von Befreiungs- und Unterdrückungsprozessen bereits innerhalb des anticolonialen Widerstands der (Exil-)SWAPO.
- 16 Lauren Dobell, SWAPO's Struggle for Namibia, 1960-1991: War By Other Means, Basel 1998. Frantz Fanon zeigte bereits in seinem bahnbrechenden Werk ›Die Verdammten dieser Erde‹ (Frankfurt am Main 1966; Original: 1961) anhand seiner Einblicke in den algerischen Widerstand Ende der fünfziger Jahre auf, daß es den Kolonisierten meist um den von den Kolonisatoren okkupierten Platz geht und nicht etwa um die grundsätzliche Abschaffung ungleicher Machtverhältnisse.



Die finnische Präsidentin Tarja Halonen und der namibische Präsident Sam Nujoma hatten gemeinsam den Vorsitz des Millenniums-Gipfels der Vereinten Nationen inne. Diese Kombination ergab sich daraus, daß ihre beiden Länder die beiden Präsidenten der 54. und der 55. Ordentlichen Tagung der Generalversammlung stellten beziehungsweise stellen. Zum Abschluß des Treffens wurde die ›Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen‹ verabschiedet (Text: S. 190ff. dieser Ausgabe).